

Bezugspreis:
Bieteljährlich
durch Post 3,50 M.
Bei den Postanstalten
(einschl. Postgebühren)
3 M. 27 Pf.

Er scheint täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
von Dr. Chr. Sommer,
Bad Ems.

Emser Zeitung

(Kreis-Anzeiger)

(Bahn-Vote)

(Kreis-Zeitung)

verbunden mit dem „**Amlichen Kreisblatt**“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 149

Bad Ems, Freitag den 4. Juli 1919

71. Jahrgang

Zum Friedensschluß.

Basel, 3. Juli. Matin meldet: Marschall Foch hatte eine Unterredung mit Clemenceau. In der er die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung einer starken Armee von mindestens 700000 Mann für die nächsten Monate bekräftigte. Diese militärische Bereitschaft soll Deutschland in der loyalen Erfüllung der Friedensbedingungen bestärken.

WTB. Berlin, 2. Juli. Durch die deutsche Friedensdelegation in Versailles wurde dem französischen Ministerpräsidenten Clemenceau eine Note überreicht, in der es u. a. heißt: Herr Präsident! Auf die Note vom 28. Juni betreffend Aufhebung der Blockade beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen: In dem Wunsche, so schnell wie möglich von der für Deutschland so schweren und verhängnisvollen Blockade befreit zu werden, wird die deutsche Regierung alles daransetzen, um die für die Ratifikation erforderlichen Maßnahmen zu beschleunigen. Sie hofft, Anfang der nächsten Woche in der Lage zu sein, die alliierten und assoziierten Regierungen von der erfolgten Beschlussfassung der gesetzgebenden Körperschaften und der Vollziehung des Friedensvertrages durch den Reichspräsidenten Mitteilung machen zu können. Die deutsche Regierung gibt der Erwartung Ausdruck, daß die alliierten und assoziierten Regierungen sich damit einverstanden erklären werden, daß, sobald die erwähnte Nachricht vorliegt, auch mit der Heimsendung der deutschen Gefangenen aus ihren Ländern begonnen wird. Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung. Müller, Reichsminister des Auswärtigen.

WTB. Paris, 2. Juli. Laut Petit Journal nimmt man an, daß die Ratifizierung in 14 Tagen erfolgen wird.

Berlin, 3. Juli. Ueber die verschiedenen von Deutschland einzuhaltenden Fristen, die nach Inkrafttreten des Friedensvertrages vorgesehen sind, bringen französische Blätter folgende Zusammenstellung: In 10 Tagen muß Nord-Schleswig geräumt sein, in 15 Tagen Ostpreußen. In der 5. bis 7. Woche muß die Volksabstimmung in Schleswig stattfinden. Nach Ablauf eines Monats werden die Verbündeten die Liste der auszuliefernden Persönlichkeiten Deutschlands aufstellen und bekanntgeben, ob sie das von Deutschland vorgeschlagene System über die Schadenersatzvergütung annehmen wollen. Im Laufe von zwei Monaten müssen die Besetzungen im nichtbesetzten Gebiet und im neutralen Gebiet gescheit sein. Am Ende des 3. Monats muß das deutsche Heer auf 200000 Mann reduziert sein. Im 4. Monat muß Deutschland entweder eine bestimmte Summe zur Begleichung seiner Schuld bezahlen, oder eine der verpfändeten Gegenden wiederherstellen. Im 6. Monat erfolgt die Volksabstimmung in Kalmück, sowie die Niederlegung weiterer Besetzungen. Gleichzeitig erfolgt die Verpfändung Deutschlands in Bezug auf die Gewährung der Weisbegünstigung im Zolltarif gegenüber den verbündeten Ländern, und es wird in Dänzig die vorgesehene Verwaltung eingesetzt werden.

Deutsch-französische Handelsbeziehungen.

mz Paris, 2. Juli. Habas. Die kompetenten Stellen beschäftigen sich damit, die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Deutschland in die Wege zu leiten. Das Pariser Journal glaubt zu wissen, daß man den freien Handel bevorzugen wird.

Der Berliner Eisenbahnerstreik im Abflauen

mz Berlin, 2. Juli. Ein endgültiges Ergebnis aus der Abstimmung der Eisenbahner steht noch nicht fest, da die Zählenergebnisse aus den Hauptwerkstätten noch fast alle fehlen. Eine kleine Besserung trat infolgedessen ein, als eine Anzahl von Arbeitern in die Werkstätten zurückgekehrt ist. Das hatte zur Folge, daß heute eine bedeutend größere Zahl Güter abgefertigt werden konnte wie gestern. Es scheint Aussicht vorhanden zu sein, daß der Betrieb morgen in größerem Umfang wieder aufgenommen werden kann. Der Gewerkschaftsbund der Eisenbahnarbeiter erklärte sich für den Abbruch des Streiks und erließ einen dahingehenden Aufruf. Doch fehlt es nicht an Agitatoren für das Beharren im Streik. Sie finden jedoch wenig Gegenliebe, da ihnen erwidert wird, daß bereits viele Arbeiter zu den Arbeitsstätten zurückgekehrt seien und im Streikfonds fast keine Mittel mehr vorhanden seien.

mz Berlin, 2. Juli. Der heutige Streiktag ist in der ganzen Stadt ruhig verlaufen. Alle Bemühungen der Behörden richten sich darauf, die drohende Stockung in der Lebensmittelzufuhr zu verhindern.

Eisenbahnerstreik im Frankfurter Bezirk.

! Frankfurt a. M., 2. Juli. Eine von mehreren Tausend Arbeitern der Eisenbahn-Betriebswerkstätten des Direktionsbezirks Frankfurt a. M. besuchte Massenversammlung beschloß einstimmig, am 3. Juli, morgens 6 Uhr in den allgemeinen Streik einzutreten und damit alle Betriebe stillzulegen. Aus den übrigen Orten des Direktionsbezirks wie Gießen, Fulda, usw., haben

berch Vorabstimmung 8750 Arbeiter sich für den Streik und nur 700 gegen den Streik erklärt.

WTB. Frankfurt, 3. Juli. Der Eisenbahnverkehr ist heute früh 6 Uhr infolge des Ausstandes der Eisenbahner vollkommen eingestellt worden, bis auf die Züge, die nach den besetzten Gebieten fahren, um Konflikte zu vermeiden. Aus dem gleichen Grunde arbeiten die Hauptwerkstätten in Wiesbaden, die im besetzten Gebiet liegen. Die wichtigsten Lebensmittelzüge und die Züge mit totem Vieh werden durch die Streikleitung befördert. Der Hauptbahnhof ist durch Beauftragte der Ausstandsleitung abgesperrt, die jedem Reisenden den Zutritt verweigern. Tatsächlich können keine Züge ausfahren, während noch Züge einlaufen. Die Frankfurter Eisenbahnbeamten-Gesellschaft hat mit Rücksicht auf die Notlage des Volkes sich auf Grund früherer Beschlüsse dahin entschieden, sich an den von der Ortsgruppe Frankfurt des deutschen Eisenbahnverbandes beschlossenen Ausstand nicht zu beteiligen.

Deutschland.

D Die Vermögensabgabe. Wie eine gut unterrichtete Nachrichtenstelle, die offenbar Erzberger nahesteht, mitteilt, betreibt der neue Reichsfinanzminister die beschleunigte Fertigstellung der Vorlage über die große Vermögensabgabe. Es ist eine durchschnittliche Vermögensabgabe von 50 Prozent an das Reich vorgesehen. Die Abgabe wird voraussichtlich bei den Vermögenden von 20000 Mark an mit 10 Prozent eingeführt und dann schnell bei den höheren Vermögenden stufenweise in höherem Prozentsatz steigen. Ganz große Vermögenden werden mit 60 bis 70 Prozent betroffen. Man erwartet für das Reich einen Ertrag von 70 bis 90 Milliarden, was etwa der Hälfte unserer Reichsschulden entsprechen würde. Helfferich hat 1914 das deutsche Nationalvermögen auf 300 Milliarden geschätzt. Nach dieser Rechnung würde davon jetzt etwa ein Drittel an das Reich zu entfallen haben. Es ist aber zu berücksichtigen, daß man heute das deutsche Volkvermögen entsprechend der allgemeinen Preiserhöhung zahlenmäßig viel höher einschätzen müßte und daß wahrscheinlich die Vermögensabgabe gar nicht so einschneidende Wirkungen auf den Volkskörper haben wird, wie teilweise befürchtet wird. Sie wird es vor allen Dingen ermöglichen, daß das Reich einen großen Teil des Papiergeldes einziehen kann. Dadurch wird die Entwertung des Geldes vermindert und die Bahn frei für eine Rückkehr zu vernünftigen Zahlenverhältnissen in unserer ganzen Lebenshaltung. Technisch schwierig wird die Erfassung derjenigen Vermögenden sein, die nicht in barem Gelde, sondern in sachlichen Werten bestehen.

Mexiko.

mz Bern, 2. Juli. Aus Washington wird gemeldet: England und Frankreich hätten Schritte getan, um ihre Guthaben in Mexiko zu sichern. Im Falle eines bewaffneten Eingreifens in Mexiko wird den Vereinigten Staaten das Mandat des Völkerbundes übertragen.

Kamerun und Togo.

WTB. Amsterdam, 2. Juli. Der Telegraf meldet aus Paris, daß die Verhandlungen zwischen Wilson und Milner über Kamerun und Togo zu einer Einigung zwischen Frankreich und England geführt haben. Die Demarkationslinie bleibt nunmehr so, wie sie im März 1916 festgesetzt wurde. Frankreich erhält die Hauptstadt von Togo, Lome, und vier Fünftel von Kamerun mit Duala und das ganze Eisenbahnnetz. Frankreich tritt einen wichtigen Teil von Togo, dessen Einwohner Anschluss an die englische Küste suchen, an England ab.

Die Nationalversammlung.

Weimar, 1. Juli.

Am Regierungstisch: Dr. Dabiz.
Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Min.

Auf der Tagesordnung stehen

Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedlungsland.

Der Ausschussberichterstatter Abg. Altkotte (Ztr.) hat die Verordnung zu einem Gesetzentwurf umgearbeitet, der in seinem Paragraphen 1 bestimmt, daß die Bundesstaaten verpflichtet sind, gemeinnützige Siedlungsunternehmungen zur Schaffung neuer Ansiedlungen und zur Hebung bestehender Kleinbetriebe zu bilden. Präsident Fehrenbach stellt fest, daß, nachdem die Kommission die Verordnung zu einem Gesetzentwurf umgearbeitet habe, eine Beratung in drei Lesungen erforderlich sei.

Abg. Blum (Ztr.): Statt von einer Landflucht, wie sie seit den 70er Jahren sich entwickelt hatte, kann man heute beinahe von einer Stadiflut sprechen, und das ist im Interesse der Gesundheit unseres Volkes sehr erfreulich. Für die Siedlungstätigkeit muß zunächst die Schaffung von Dauerngütern mittlerer Größe das Ziel sein, denn diese sind am besten in der Lage, sich den wechselnden Bedingungen der Erzeugung unseres Abfuges anzupassen. Erfreulich ist die Tatsache, daß die meisten Bewerber um Land, soweit sich bis jetzt hat feststellen lassen können, aus

den Kreisen der Kleinbemittelten, der Handwerker, der Kleingewerbetreibenden, der Versicherungspflichtigen stammen.

Abg. Schmidhals (Dem.): Wenn wir die breiten Massen der Arbeiterbevölkerung nicht wieder auf das Land hinaus bringen, müssen sie auswandern. Zunächst müssen die ganz großen Besitzungen aufgeteilt werden, und danach erst die mittlern, denn wir brauchen eine gesunde Mischung von Groß- und Kleinbetrieben.

Abg. Loebe (Zoz.): Wir begrüßen dieses Gesetz, da endlich ein Versprechen erfüllt wird, das den Kriegsteilnehmern gegeben worden ist. Seit Jahren haben wir ihnen gesagt, ein Stück Land solle in ihre Hand gegeben werden. Wir werden das Gesetz und sämtliche Anträge annehmen.

Abg. Dr. Köstke (Dnatl.): Jetzt muß Deutschland wieder mehr Agrargebiet werden. Durch das Gesetz erfüllen wir die Forderung des Mannes, den wir während des Krieges am meisten verehrt haben, des Marschalls Hindenburg. Besonders schwierige Verhältnisse schaffen uns die hohen Baukosten. Die Regierung will die Lebensmittelversorgung durch 1,5 Milliarden für im Ausland gekaufte Lebensmittel bessern. Das ist auch ein Unternehmen, das die Zufriedenheit fördern soll. Das Geld wäre aber besser oder mindestens ebenso gut angewandt, wenn es in Form von Baukostenzuschüssen für Ansiedlungen zur Verfügung gestellt würde, da die 500 Millionen Zuschüsse für den Wohnungsbau kaum reichen werden.

Regierungskommissar für das Wohnungswesen Schmidt: Für die Bauwirtschaft fehlt eigentlich alles, namentlich Ziegel und Kalk. Ziegel können nicht hergestellt werden, weil die Kohle fehlt, und wie die Verhältnisse liegen, ist leider nicht zu erwarten, daß der große Mangel an Kohle in absehbarer Zeit abgestellt wird. Von 18000 Ziegeleien in Deutschland liegen 16500 still. Die größte Schwierigkeit liegt vielleicht in der Baukostenberückung. Das Reich hat 500 Millionen für Wohnungsbauten zur Verfügung gestellt. Auf die Frage, ob diese Mittel ausreichen werden, kann ich nur sagen, sie werden es bestimmt nicht tun. Vor dem Kriege sind in Deutschland etwa 200000 Wohnungen mit einem Kostenaufwand von 1,2 Milliarden gebaut worden. Heute haben sich die Baupreise um das Vierfache erhöht, an einzelnen Stellen noch mehr. Wir würden also rund 5 Milliarden jährlich brauchen.

Abg. Dufche (D. Vp.): Ich halte es für das wichtigste, möglichst viele neue Siedlungen zu schaffen. Dabei sollte man möglichst auch die Kriegsschädigten und diejenigen berücksichtigen, die aus den jetzt verlorengehenden Gebieten in das verkleinerte Deutschland zurückwandern.

Abg. Dr. Heim (Ztr.): Die Sozialisierung würde die deutsche Produktion erschweren. (Sehr richtig!) Die Landwirtschaft verlangt individuelles Interesse. (Sehr richtig!) Solange wir Industriestädte haben, wäre das Verschwinden des Großgrundbesitzes ein Unheil. (Sehr richtig!) Ohne Zweifel werden wir nicht wieder das Industrieland von ehemals, sondern müssen uns darauf einstellen, daß wir mehr Agrarland werden. Das Hauptproblem vor dem wir auf diesem Gebiete stehen, liegt in der Frage: Wie machen wir aus der Stadtbevölkerung Landbevölkerung? Am besten lösen wir das Problem, wenn wir die Jugend noch im schulpflichtigen Alter aufs Land bringen.

Präsident Fehrenbach: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Es folgt die zweite Beratung. Der Präsident bringt die einzelnen Paragraphen zur Abstimmung. Die Paragraphen 1 bis 23a werden mit einigen Änderungen nach unerheblicher Debatte angenommen. Schließlich werden die dem Ausschuss beauftragten Entschlüsse angenommen, von Reichswegen eine Stelle zu schaffen, von der aus das Siedlungswesen überwacht wird, sowie dahin zu wirken, daß Baumaterialien in ausreichenden Mengen zu Ansiedlungszwecken zur Verfügung gestellt werden, und die Bildung von Genossenschaften zu fördern, welche durch zunächst pachtweise Ueberlassung von Ansiedlungsland die allmähliche Durchführung der Ansiedlung ihrer Mitglieder herbeiführen.

Die dritte Lesung wird wegen der erwähnten Streitfrage vertagt.

Sitzung vom Mittwoch, den 2. Juli.

Die Verfassung.

Der Antrag Agnes, als Uberschrift „Verfassung der Deutschen Republik“ zu setzen, wird abgelehnt, die Uberschrift „Verfassung des Deutschen Reiches“ angenommen. Es folgt die Beratung über Artikel 1, in dem bestimmt wird: „Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“

Abg. Dr. v. Delbrück (Dnatl.): Für uns bedeutet dieser Artikel den Abschied von der konstitutionellen Monarchie und den Uebergang zum parlamentarisch regierten Volksstaat. Für uns entsteht dadurch die Frage, ob wir unser Stempel unter diese Tatsache drücken sollen. Wir verneinen dies, weil wir noch heute grundsätzliche Anhänger

der Monarchie sind. (Beifall rechts.) Die demokratische Monarchie, so wie sie sich vor der Revolution anzubahnen begann, halten wir für eine für Deutschland unzulässige Staatsform als die beabsichtigte radikale Republik. Dennoch wollen wir auf dem Boden der neuen Tatsachen weiter mitarbeiten und eine Politik der Aktivität treiben, die unserem Vaterland den Weg zur Macht wieder eröffnet. (Beifall links.)

Von den Abgeordneten Frau Agnes und Genossen (M. Soz.) ist inzwischen der Antrag eingegangen, den Satz 1 in Artikel 1 wie folgt zu fassen: „Die Deutsche Republik ist ein Einheitsstaat.“

Reichsminister Dr. David: Der Vorredner hat gefragt, ob auch für seine Partei die Freiheit gelten solle, von der in der Verfassung die Rede ist. Ganz gewiß! Die neue Verfassung eröffnet die freie Bahn für jeden geistigen Kampf. Das ist die große Errungenschaft im Gegensatz zum alten System. (Beifall und Widerspruch.)

Abg. Koch (Dem.): Was die Frage der Monarchie anlangt, so habe ich schon bei früheren Gelegenheiten einmal erklärt, daß wir keine grundsätzlichen Republikaner sind. Wenn die Monarchie richtig geführt worden wäre, wenn sie vor allen Dingen zur rechten Zeit die nötigen Zugeständnisse gemacht hätte, so bin ich überzeugt, sie wäre zu halten gewesen. Heute kann von einer Wiedereinführung der Monarchie keine Rede mehr sein. Wir werden den Worten der Verfassung auch Taten folgen lassen.

Abg. Gasse (M. Soz.) beschwert sich über das Verbot der roten Fahne und anderer Zeitungen der Unabhängigen.

Reichsminister Dr. David: Soweit sich der Kampf im Rahmen des geistigen Kampfes hält, wird er von der Regierung niemals eingeschränkt werden. (Widerspruch bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Aber wenn aufgefördert wird, Gewalt anzuwenden mit Handgranaten (türkische Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), dann ist es Pflicht der Regierung, die Demokratie vor der harten Bedrohung zu schützen. (Gasse: Die alte Methode der Monarchisten! Beifall.) Zwischenrufe zwischen den beiden sozialistischen Parteien: andauernder Lärm.)

Abg. Dr. Heine (Deutsche Sp.): Wie wir seinerzeit erklärten, haben wir uns bei der Ausarbeitung der Verfassung nicht verjagt. Da es sich aber nun darum handelt, die Republik jetzt grundsätzlich als Staatsform festzulegen, werden wir gegen Artikel 1 stimmen.

Die Fassung des Entwurfs wird mit großer Mehrheit angenommen. Artikel 2, der das Reichsgebiet behandelt, wird ohne Aussprache angenommen. Es folgt die Beratung über den Artikel 3, der bestimmt: Die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold, die Handelsflagge wird durch Reichsflagge bestimmt. Die Abstimmung wird vertagt.

Die Reichstagswahlen.

mz Berlin, 2. Juli. Nach Meldung einer Berliner Zeitung sollen die Wahlen für den Reichstag im Januar stattfinden. Die Deutsche Allgemeine Zeitung spricht davon, daß die Frage der Neuwahlen zum Reichstag im nächsten Ausschuss zwar beiläufig erwähnt worden ist, daß aber von zuständiger Stelle alle die Wahlen betreffenden Meldungen für Kombinationen erklärt werden.

Frankfurt, die Zentrale der Geldscheinfabriken

Entdeckung der Fälschmänner.

Frankfurt a. M., 30. Juni. Nach langen Bemühungen ist es der Frankfurter Kriminalpolizei gelungen, das geheimnisvolle Dunkel, das die unbekannten Hersteller falscher 50-Mark-Reichsbanknoten umgab, zu lichten und die Fälschmänner zu verhaften. Wir erfahren darüber Einzelheiten:

Seit Monaten wurden in West- und Süddeutschland, besonders aber in Frankfurt, falsche 50-Mark-Reichsbanknoten (mit sogenanntem Trauerrand) in Umlauf gesetzt. Da-

zu wurden Frankfurt und Offenbach mit ungezählten falschen Offenbacher 20-Mark-Noten einen Überschwemmung, so daß Offenbach sich zur Einziehung dieser Scheine veranlaßt sah. Durch Zufall hörte nützlich ein Kriminalbeamter, wie eine Frau einer Freundin erzählte, sie habe in einem Zimmer des Industrieviertels unter einer Traube ein Paket mit Offenbacher 20-Markscheinen gefunden. Der Beamte stellte sofort die Frau, und man ermittelte folgendes: In dem Zimmer hatte vor einigen Monaten der 32jährige Schreiner Fritz Vergöhl gewohnt, der inzwischen eine Fünfzimmerwohnung bezogen und sich dort glänzend eingerichtet hatte. Vergöhl hatte sich auch ein erhebliches Bankkonto zugelegt, besaß ein Stetsbuch und spielte den vornehmen Mann. Weitere Feststellungen ergaben, daß Vergöhl vor mehreren Jahren mit hoher Justizstrafe wegen großer Hehlerei vorbestraft war. Unter anderem hatte er auch in Nachen — er ist in Nachen geboren — bedeutende Garndiebstähle ausgeführt. Nach eingehenden Hausdurchsuchungen wurden Vergöhl, dessen Frau und mehrere andere Personen verhaftet. Die gerichtlichen Vernehmungen stellten bis jetzt nur fest: In der Wohnung des Vergöhl wurde ein mit „Danna und Caspar“ unterzeichneter Brief aus Essen gefunden, aus dem hervorging, daß die beiden Unterzeichneten in Essen bedeutende Mengen falscher Scheine abgesetzt hätten, an einem Tage für 12 000 Mark, und für 20 000 Mark seien den Briefschreibern in ihrem Hotel gestohlen worden. Ferner habe man in Dortmund und Düsseldorf eine Fülle von Scheinen veräußert. Als Briefschreiber stellte man den Schwager des Vergöhl, den 23jährigen Lageristen Caspar Bong und Ehefrau aus Nachen, wohnhaft in Frankfurt, fest. Das Paar wurde gleichfalls verhaftet. Bong gab zu, daß der Vergöhl der „Vater“ einer Fälschmännerbande sei und ihm für 35 000 Mark Fälschscheine zum Absatz im Ruhrgebiet übergeben habe mit der Verpflichtung, täglich mindestens 100 Stück abzugeben. Von jedem Schein erhielt Bong 12 Mark Verdienst, den „Rest“ mußte er allabendlich — also 3000 Mark — als Wertpapier nach Frankfurt an B. schicken. Ein Bruder des Bong mußte in gleicher Weise in Köln arbeiten. Weitere Ermittlungen, die von hier in Essen angehängt wurden, führten sodann nach Nürnberg, wo Vergöhl mit zahlreichen Personen einen regen Verkehr unterhielt, besonders mit Schleihhändlern, denen reiche Gelegenheiten zum Absatz der Fälschscheine gegeben war. Dem hiesigen Kriminalkommissar Soewe gelang es nun unter Mitarbeit der Nürnberger Polizei in der Person des 25jährigen Obermaschinenmeisters Karl Blankenheim den Hersteller und Bruder der Scheine zu ermitteln. Nach langem ständigem Verhör hat Blankenheim am letzten Samstag gestanden, sowohl in Nürnberg als auch hier in Frankfurt ganz bedeutende Mengen falscher 50-Markscheine gedruckt zu haben, und zwar auf Anleitung des Vergöhl. Er gestand auch ein, die Offenbacher Scheine für Vergöhl in Frankfurt hergestellt zu haben, ebenfalls in großen Massenauflagen. Die „Druckerei“ befand sich in der Küche eines Hauses in einem nördlichen Stadtteil. Durch das stampfende Geräusch, das die Presse verursachte, beschwerte sich der Hauswirt, der auf seine Frage nach der Ursache die Antwort erhielt, man probiere ein Patent aus. Die Druckerei wurde aber dann aufgegeben und verschwand. Soweit die bisherigen Ermittlungen. Am engsten Zusammenhang mit der hiesigen Fälschmännerfabrik steht die Entdeckung einer Fälschmännerwerkstätte in Köln-Nord am letzten Donnerstag, bei der ein Bruder des Vergöhl beteiligt sein dürfte. Die Hauptwerkstätte war jedoch Frankfurt a. M.

Aus Provinz und Nachbargebieten

! Die Nassauische Landesbank und die Nassauische Sparkasse gewähren fortan Hypotheken- und Kommunal-Darlehen zu einem Zinsfuß von 4,5 Prozent. Auf-

Bunsch des Schuldners kann auch ein Zinsfuß von 4,5 Prozent neben einem einmaligen Unkostenbeitrag von 5 Prozent gewährt werden. Dieser Unkostenbeitrag kann entweder in einer Summe bei der Auszahlung des Darlehens oder durch Verrechnung auf die ersten fünf Tilgungsraten entrichtet werden.

! Oberlahnstein, 2. Juli. Einem Hochstapler gefährlicherer Sorte ist die Polizei auf die Spur gekommen. Es handelt sich um einen gewissen Alex Röllgen, der größere Diebstähle auf dem Gewissen hat. Allein einem Herrn aus Luxemburg hat er Gegenstände und Bargeld im Werte von 27 000 Mark entwendet. Mit dem gestohlenen Gelde führte er mit seiner Geliebten — einer Artistin aus Coblenz — der er fürstliche Geschenke, u. a. einen Ring im Werte von 2000 Mark, machte, ein flottes Leben, bis er, als die Polizei durch den Luxemburger Herrn auf ihn aufmerksam wurde, es vorzog, von der Bildfläche zu verschwinden. Um dem Dieb auf die Spur zu kommen, suchte die Polizei nach der „Geliebten“. Der Umstand, daß deren Bruder die Tochter einer angesehenen Familie von hier zur Frau hat, lenkte die Untersuchung nach Oberlahnstein, wo es tatsächlich den Bemühungen des Oberamtsmeisters Hoffmann gelang, die „Geliebte“ und deren Bruder im Hotel Weiland zu verhaften. Zwecks Feststellung des Aufenthalts des Röllgen wurden die Coblenzer Kriminalpolizei zugeführt. Der Hochstapler, der seiner Zukunftsigen für den Fall, daß er nicht mehr zurückkomme, 25 000 Mark versprochen hat, hat vorher in einem grünen Oldsmobile mit der Nr. J. J. 2337 das Weite gesucht. Zweifelhafte Angaben wollte man an die Polizei gelangen lassen.

! Niederlahnstein, 2. Juli. Dr. Dorten in Niederlahnstein. Heute morgen 11 Uhr trafen von Elbville kommend, Dr. Dorten und der Pfarrer Schlo mit verschiedenen anderen Persönlichkeiten hier ein.

! Hünfeld, 30. Juni. In unserem Stationsgebäude wurde vorige Nacht eingebrochen. Den Dieben fiel eine Kiste, sowie Zucker und Zigarren-Kassette in die Hände. Heute morgen waren 3 Gendarmen-Wachmeister mit einem Polizeihunde hier, um die Diebe ausfindig zu machen, was jedoch nicht gelungen ist. Der Wert der gestohlenen Sachen soll 7—800 Mark betragen.

! Frankfurt a. M., 29. Juni. Die in der städtischen Sparkassen-Hauptstelle beschäftigten Kriegsaushefter Stokmann und Fischer haben Unterschlagungen in Höhe von etwa 75 000 Mark begangen. Sie führten vereinbarte Gelder auf dem Wege des bargeldlosen Verkehrs durch Schecks hiesigen Banken zu, wo sie die Summen auf fingierte Namen unter besondere Konten eintragen ließen. Erstliche Tage später erhoben sie dann die Gelder. Durch eine große Bank, die von den Leuten eingehende Personalanträge verlangte, kamen die raffinierten Schwindelereien schließlich ans Tageslicht. Die beiden Aushefter wurden verhaftet. — Auch in der Buchhalterei 8 der Stadthauptkasse ließ sich vor kurzem ein Kriegsaushefter durch Adressierungen u. Fälschungen in den Büchern Unterschlagungen zu schulden kommen. — Der 60jährige Drofchenkutscher Leonhard Wolf wurde von seinem Gefährt wider eine Hauswand gedrückt und totgequetscht.

! Frankfurt a. M., 30. Juni. Ein seit Monaten gesuchter Hochstapler wurde dieser Tage in einem Vergnügungslokal verhaftet, der sich den Polizeibeamten als Gerd von Ost vorstellte und bei der Vernehmung dabei beharrte, diesen Namen rechtmäßig zu führen. Während der Herr von Ost sich noch mit dem vernehmenden Kommissar herumstritt, erschien zufällig eine Frau, um gegen ihren einseitigen „Freund“, einen gewissen Rieseledwibel Broll aus Darmstadt Anzeige wegen Urkundenfälschung zu erstatten. Ein Blick auf den Mann, und die Frau rief: „Das ist er ja!“ Gerd von Ost wird gleich, wie der Tod und gesteht ein, daß er der gesuchte Broll ist. — Zuverlässigkeit des Lebens!

Das Fortshaus im Teufelsgrund.

Detectiv-Roman von H. Eduard Pfeiffer.

Redigiert von H. Eduard Pfeiffer.

Endlich muß ich von einer recht lustigen Wespentage-episode erzählen, die sich in diesen Tagen auf dem Höllehammer zugetragen hat. Ich weiß nicht, ob Sie schon von dem eingeseffenen Wespent, dem Guimann gehört haben. Mir wurde gleich bei meiner Ankunft davon erzählt und ich nehme an, daß Sie, der Sie doch ein so ausgezeichnetes Speisefachmann sind, über das Wesen und Treiben dieses Lokalwespenes unterrichtet sind. Seit dem Tode des Teufelsmüllers, den dieses Wespent umgebracht hat, ist nichts wieder von ihm gehört worden. Und nun, denken Sie sich, neuerdings hat sich das Ungeheuer hören und wie mir glaubwürdig berichtet wird, auch sehen lassen. Sie wissen, daß sich in dem benachbarten Bergwald die Ruine einer alten Burg befindet, von der man erzählt, daß der Bischof von Würzburg, nach der Aufhebung des Tempelordens in Frankreich, flüchtige Ritter dieser Bruderschaft dort aufgenommen habe, die dann im Kampfe mit benachbarten Mäurern, die lästern nach ihrem goldenen Ritterschwert und ihren Schätzen aus dem heiligen Lande waren, untergegangen sind. Die Ruine ist vollkommen unbenutzt, es stehen nur noch einige Mauern, während ein Kellergerölbe ziemlich unverändert erhalten geblieben ist. Dies Kellergerölbe hat seit vielen Jahren Waldhüter und Beerenfuchser als Schutz gegen plötzlichen Gewitterregen gedient, sie haben auch gelegentlich ihr frugales Mittagbrot dort gelocht und nie hat sich etwas Verdächtiges wahrnehmen lassen. Vor einigen Tagen nun kam ein Waldbesitzer atemlos in der Försterei an und erzählte, daß er seine Tasche nach beendeter Arbeit am Abend aus dem Gerölbe habe holen wollen, von dort aber durch das Schreien des Guimannes verschreckt worden sei. Er ist ein beherzter Purche und wollte nicht ohne weiteres sein Eigentum im Stich lassen, sondern näherte sich trotz des Schreiens der Ruine. Da sei ihm, so erzählt er, in der verfallenen Abendsonne, ein riesengroßer Mann entgegengetreten, habe das charakteristische Hui, Hui geschrien und eine Krallenfaust nach ihm ausgestreckt. Natürlich hat er schleunigst Fersengeld gegeben und uns die Geschichte hinterbracht. Am anderen Morgen gingen der Förster und ich nach der Ruine, fanden natürlich die Tasche des Arbeiters unverändert in dem Kellergerölbe und von Herrn Guimann keine Spur. Wir beschloßen nun, als aufgestellte Menschen, am Abend eine Untersuchung vorzunehmen, aber auch dies förderte kein neues

Moment zu Tage. Wir haben weder das Wespent noch horten wir sein Schreien und waren nun der Meinung, daß das Wespent vielleicht aus des Arbeiters Schnapsflasche entflohen sei. Wir hätten uns auch diese Meinung nicht nehmen lassen, wenn nicht der Direktor, der mit seinem riesigen Bernhardiner allabendlich einen Spaziergang macht, uns die überraschende Nachricht gebracht hätte, das hübsche Dienstmädchen des Försters sei ihm, als er am Abhang des Ruinenberges durch den Wald ging, entgegengelaufen und habe ihn mit angstvoll verzerrten Augen darauf aufmerksam gemacht, der Guimann ginge um. Der Direktor dachte sich natürlich, daß er in Gesellschaft seines großen Hundes und seines derben Stodes jedem Wespent gewachsen sei und setzte ruhig seinen Weg fort, bis er ein schauerliches langgezogenes Hui, Hui von der Höhe des Berges vernahm. Es sei ihm unheimlich geworden und er habe sich gefragt, wozu der Sache nähertreten. Selbst wenn irgend ein irdisches Wesen die Gestalt des Wespentes angenommen hätte, wäre es ja nicht nötig, weiter in den Wald hineinzugehen, denn Gutes könne ein solches Vorgehen doch nicht bedeuten.

Ich bin nun, lieber Doktor mit Ihnen übereinstimmend der Ansicht, Sie sehen, ich glaube Sie gut zu kennen, daß das Erscheinen des Wespentes mit unsern Feinden in einem ursächlichen Zusammenhang steht, denn Sie werden mir doch zugeben, daß heutzutage keine Wespenter mehr existieren.

Weiter habe ich nichts zu berichten. Sollten Sie Ihre Aufgabe bald beendigt haben, so bitte ich Sie, uns doch einmal zu besuchen, damit wir der Natur des Arbeiters und vor allem der Wespentererscheinung auf den Grund gehen. Das war der Brief, der Breitwetter außerordentlich viel zu denken gab.

Aber er war nicht der Mann langer Grübeleien, wenn es sich für ihn um offenkundige Tatsachen handelte, und die lagen in dem Briefe vor. Er rückte sich daher behaglich seinen Schreibstisch zurecht und begann in seinen großen kräftigen Schriftzügen langsam und überlegend zu schreiben:

Lieber Nechenbach!

Ihr Brief hat mich nicht überrascht, so oder ein wenig anders hatte ich ihn erwartet. Er zeigt mir vollkommen, daß die Mordgesellen in die Falle gegangen sind, die ich ihnen gestellt habe. Ich muß nun zu meinem Bedauern noch ein zeitlang hiebleiben und kann nicht persönlich bei Ihnen einreisen. Das schadet aber auch nichts, es ist im Gegenteil insofern von außerordentlichem Nutzen, als ich mit der Bestätigung der Gesellschaft doch noch einen etwas längeren Aufenthalt

hätte, weil mir daraus die Möglichkeit erwächst, das ganze Netz auszuheben. Ich weiß, daß ich damit ein gefährliches Spiel spiele, aber möchte ich Ihnen über die letzten Ereignisse in Wiesbaden berichten, so würden Sie daraus entnehmen können, daß man auch ein gefährliches Spiel bei penitlicher vorsichtiger Behandlung wagen kann. Ich bin es mir und meinem Renommee schuldig, daß ich keinen von der ganzen Nordbande entkommen lasse, sondern sie auf einmal vernichte.

Was ich in Ihrer Sache getan habe, will ich kurz berichten. Wir verloren einander aus den Augen, als ich der Spur jener beiden Männer folgte, die wahrhaftig den Einbruch in meiner Wohnung verübt und meinen unglücklichen Diener hingeschlachtet haben. Sie können sich denken, daß ich alles daran setzte, den Herren auf die Spur zu kommen. Ich habe auch die Spur bis zu einem gewissen Punkte verfolgt und festgestellt, daß sie in Mannheim endete. Hätte mir damals zur Verfügung gestanden, was ich durch einen Glückszufall jetzt besitze, die Geheimschrift und den Schlüssel dazu, so hätte ich damals schon meine Hand auf die Spitzhaken legen können. Zwischen Sie hat sich die Lage verschlechtert und ich muß Ihnen zu diesem Zweck erzählen, daß ich Ihre schöne Gertie von Lahmann in der Person einer russischen Nihilistin in dem Augenblick verhaftete, als sie ihre Mordbeute gegen die schöne und liebenswürdige Herrscherin unseres östlichen Nachbarreiches erhob. Ich will Sie nicht mit der Erzählung der Arbeiten belästigen, die vorausgegangen sind, diese Verhaftung zu ermöglichen, ich will Ihnen nur so viel sagen, daß ich heute weiß, welche Gruppe von Anarchisten Sie bedroht und daß es nur noch darauf ankommt, ihren Schlupfwinkel, den ich in Mannheim vermutete, festzustellen. Dann müssen wir abwarten, bis sie ihre Zuhörer nach Ihnen ausstrecken und in diesem Moment ist es Zeit, die Gesellschaft von der Nordbande zu befreien.

Merken Sie nun gut auf und befolgen Sie aufs strengste jeden meiner Befehle, lassen Sie sich durch nichts beirren und seien Sie überzeugt, daß ich in dem Augenblick, wo Ihnen die Gefahr auf den Leib rückt, zwischen Ihnen und dieser Gefahr stehen werde. Ich schenke Ihnen volles Vertrauen und habe auch die Überzeugung, daß Sie meinen Operationen mit dem Verständnis entgegenkommen werden, das nichts verdirbt. Darum will ich von meiner gewöhnlichen Geheimschrift abgehen und Sie in die Schritte einweisen, die wir zu tun haben. Die Ereignisse, von denen Sie mir berichtet, sind außerordentlich wichtig und ich sehe nicht an

